

Parteienfinanzierung

Während die Politik mit immer neuen Sparmaßnahmen den Gürtel der Bürger enger schnallt, bedient sie sich selbst weiter an den Steuergeldern. So auch geschehen in der Plenarsitzung vom vergangenen Montag im PDG. Durch die so genannte Reform der parlamentarischen Arbeitsweise erhalten neben gewissen Parlamentariern, auch die Fraktionen im Verhältnis zu Anzahl ihrer Mandatare mehr Geld. Gleichzeitig wird ein DG-Haushalt mit Sparmaßnahmen vorgestellt. Interessant ist auch, dass quasi in letzter Minute noch an den Regeln zur Finanzierung der Fraktionen gefeilt wurde: So ist es nun doch möglich, dass eine Fraktion Spenden an eine Partei geben darf. Parteienfinanzierung über Steuergelder also. Dies ist natürlich nicht illegal. Dafür sorgt die Politik schon. Aber ist es korrekt, ist es sinnvoll? Große Teile dieser Parteispenden dienen letzten Endes zur Finanzierung des Wahlkampfes. Muss das sein? Wer erinnert sich nicht an die zahllosen Plakate, die an Bäumen, Masten, Laternen, usw. hingen und an die vielen Flyer, die in unseren Briefkästen landeten? Wollen wir das? Wie könnte es anders, günstiger und sinnvoller gehen?

Hier ein Vorschlag, den wir am Beispiel der Gemeinschaftswahlen verdeutlichen wollen: Die Parlamentsverwaltung erstellt eine Wahlbroschüre, in der allen Parteien ein paar Seiten zur Verfügung stehen. Eine Seite zur freien Gestaltung, z. Bsp. zur Vorstellung des Parteiprogramms in Kurzform. Auf einer weiteren Seite wird die Liste abgedruckt, eine weitere könnte zur Abbildung der Kandidaten dienen. Diese Wahlfibel wird an alle Haushalte der DG verteilt. Vor jedem Wahlbüro oder in jedem Dorf wird eine Plakatwand aufgestellt, auf der allen Parteien eine gleich große Fläche zur Verfügung steht. Wahlplakate an anderen Stellen, sowie weitere Wahlwerbung in Papierform werden verboten. Die Kosten würden von den Mitteln der Finanzierung der Fraktionen abgezogen.

Diese Maßnahmen würden zu einer Kostensenkung bei den Wahlausgaben führen, welche größtenteils aus Steuergeldern beglichen werden. Zudem hätten auch solche Parteien, die noch nicht im PDG vertreten sind, eine ähnliche Chance, sich der Öffentlichkeit vorzustellen, wie die etablierten.

Eine Regierung, die das Wort Chancengleichheit so oft in den Mund nimmt wie die der DG, sollte sie für alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche anstreben.

Vivant-Ostbelgien

Alain Mertes